Kraft distanziert sich von Ditib – Debatte hält an

15. August 2016

Essen/Düsseldorf (KNA) In der Debatte um den Umgang mit dem muslimischen Dachverband Ditib in Nordrhein-Westfalen hat sich nun Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zu Wort gemeldet. „Es verstärken sich die Zweifel, dass die Ditib den Kriterien zur Einstufung als Religionsgemeinschaft entspricht“, sagte Kraft der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Freitag). Die NRW-Staatskanzlei prüft seit 2015 einen Antrag der Ditib und drei weiterer Islamverbände, als Religionsgemeinschaften mit erweiterten Rechten anerkannt zu werden. „Die Ereignisse in der Türkei werfen auf den Anerkennungsprozess der Islamverbände sicher ein neues Licht“, so Kraft. Man lasse die Voraussetzungen für eine Aufwertung sorgfältig begutachten und werde ohne Zeitdruck darüber entscheiden. Die Ditib ist in Nordrhein-Westfalen als Mitglied des Beirats für islamischen Religionsunterricht an der Zulassung der Lehrer und der Erarbeitung der Lehrpläne beteiligt. Mehrere Bundesländer debattieren zurzeit über ihren Umgang mit dem Verband. Ende vergangener Woche war bekannt geworden, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung die Gespräche mit den Islamverbänden im Land über eine Regelung islamischen Religionsunterrichts zunächst ruhen lässt. Die Ditib wies den Vorwurf der Fremdsteuerung wiederholt zurück. Auch bei den NRW-Grünen hatte sich zuletzt Kritik an der Zusammenarbeit mit der Organisation geregt. FDP-Parteichef Christian Lindner hatte Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) am Mittwoch aufgefordert, das Verhältnis zur Ditib zu klären. Löhrmann wiederum erklärte, man sei „kritischer und wachsamer, was die Rolle der Ditib im Beirat für islamischen Religionsunterricht angeht.“ Sie könne und wolle aber nicht alle Beteiligten unter Generalverdacht stellen. Kraft betonte nun, der Islamunterricht an NRW-Schulen durch die Vorgänge in der Türkei sei nicht gefährdet: „Wir organisieren den bekenntnisorientierten Islamunterricht zurzeit mit einem Beirat, in dem die Ditib nur einer von acht Partnern ist. Das Modell funktioniert und ist bis 2019 vereinbart.“ Im Interesse der vielen muslimischen Kinder, die das Angebot in den Schulen nutzten, werde die Landesregierung daran festhalten. Allerdings beobachte man „sehr genau, wie sich die Ditib einbringt“, so die Ministerpräsidentin.

(KNA – qksll-89-00150)

Stand: 17. November 2026